Verpackungsverordnung: Wer trägt die Schuld am neusten Bürokratiemonster? In Brüssel will es keiner gewesen sein

welt.de/wirtschaft/plus6a7f18f9169e8e32c0ae8320/verpackungsverordnung-wer-traegt-die-schuld-am-neusten-buerokratiemonster-in-bruessel-will-es-keiner-gewesen-sein.html

Stefan Beutelsbacher, WELT August 17, 2026

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen
Quelle: Omar Havana/Getty Images

Die EU erlässt neue Regeln für Verpackungen, sorgt für Chaos und will dann am liebsten alles wieder rückgängig machen. Wer hat sich das kuriose Gesetz ausgedacht? Eine Rekonstruktion.

-5:36

Dies ist die Geschichte einer Vorschrift, die Brüsseler Beamte zuerst mühsam ausarbeiten, später selbst „klar unverhältnismäßig“ nennen und am Tag des Inkrafttretens – als alles längst zu spät ist – wieder abschaffen wollen. Sie wissen, dass ihr Gesetz der Wirtschaft schadet und das Leben der Menschen auf dem Kontinent verkompliziert. Aber sie können es derzeit nicht stoppen.

Es geht um die neue Verpackungsverordnung der EU, offiziell „Packaging and Packaging Waste Regulation“ genannt, kurz PPWR. Sie gilt seit vergangener Woche und soll dafür sorgen, dass weniger Kartons und Folien in die Umwelt gelangen. Wer „Verpackungen oder verpackte Produkte bereitstellt“, muss sich dem Gesetz zufolge nun stärker um die Entsorgung kümmern – auch beim Versand ins Ausland.

So will die Europäische Kommission Müll reduzieren und dem Klima helfen. Das Problem ist: Die PPWR könnte den Handel zwischen den 27 EU-Staaten behindern und so den Binnenmarkt unterminieren, eine der größten Errungenschaften unseres Kontinents.

Lesen Sie auch

-

Künftig müssen sich Unternehmen, die Waren über Grenzen hinweg verschicken, in jedem Zielland in ein Register eintragen. So sollen nationale Behörden erfahren, wer wo welche Verpackungen einführt. Ist eine Firma in der ganzen EU aktiv, muss sie sich an 27 Stellen wenden, mit 27 verschiedenen Fristen, Formularen und Gebühren.

Zudem sollen Betriebe, die keine Niederlassung im Zielland haben, dort einen Bevollmächtigten benennen. Also einen Vertreter, den die Ämter vor Ort belangen können. Für viele kleine Unternehmen – etwa Buchhändler, Winzer oder Imker – ist das zu aufwendig und teuer. Hunderte kündigten deshalb auf Facebook und Instagram an, den Versand in andere EU-Staaten einzustellen.

Der EU-Kommission ist das Problem inzwischen bewusst. „Wir ermuntern die Mitgliedstaaten, die neuen Regeln nicht anzuwenden und keine Strafen zu verhängen“, sagte vergangene Woche ein hochrangiger Beamter der Behörde einer kleinen Gruppe von Journalisten in Brüssel. Es ist ein bizarrer Vorgang: Die Europäische Union beschließt ein Gesetz – und versichert anschließend den Bürgern, sie könnten es ignorieren. Verstöße würden schon nicht geahndet.

„Nicht besonders förderlich für den Handel“

Aber wie konnte es zu einem solchen Rechtsakt kommen, zu einer Brüsseler Verordnung, die einer zentralen europäischen Idee – dem freien Verkehr von Waren – so eindeutig zuwiderläuft? Zu einem EU-Gesetz, das die EU selbst für schädlich hält?

Die Kommission schiebt es auf andere. „Als die Regeln vor rund zwei Jahren vereinbart wurden, haben sich die Mitgliedstaaten und das Parlament leider tatsächlich auf etwas geeinigt, das den Binnenmarkt fragmentiert“, so der Beamte – eben die Notwendigkeit eines Bevollmächtigten in jedem einzelnen EU-Staat. „Das ist natürlich, sagen wir mal, nicht besonders förderlich für den grenzüberschreitenden Handel.“ Der Mann bezeichnet diesen Teil der PPWR als „klar unverhältnismäßig“.

In der EU funktioniert es so: Die Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen schlägt Gesetze vor, anschließend stimmen das Parlament und der Rat – die Vertretung der 27 Mitgliedstaaten – darüber ab. Sie können den Rechtsakt ändern, und in eben diesem Prozess, so muss man also die Kommission verstehen, entstanden die Probleme mit der PPWR.

- Verpackungsverordnung

  Die EU beschließt ein Gesetz – und rät den Bürgern, es zu ignorieren

Wer wissen will, ob das stimmt, muss die Archive der Kommission durchsuchen. Dort lässt sich der ursprüngliche Vorschlag der Kommission für die Verpackungsverordnung finden, datiert auf den 30. November 2022. Darin heißt es: Unternehmen sollen „in jedem Mitgliedstaat, in dem sie Verpackungen erstmals auf dem Markt bereitstellen, einen Antrag auf Registrierung“ einreichen. Die Idee einer Anmeldung in 27 verschiedenen nationalen Datenbanken brachte die Behörde also schon vor fast vier Jahren auf.

Auch den Vertreter vor Ort forderte die Kommission damals. „Ein Hersteller benennt (…) einen Bevollmächtigten (…) in jedem Mitgliedstaat, in dem er erstmals Verpackungen bereitstellt, mit Ausnahme des Mitgliedstaats, in dem er niedergelassen ist“, formulierten die EU-Beamten. Die Erzählung, Parlament und Rat seien an allem schuld, stimmt also nicht.

All das klingt technisch, aber am Ende geht es um die Frage, wie Bürokratie in Europa entsteht und wer Verantwortung dafür übernimmt. Ursula von der Leyen trat ihre zweite Amtszeit an der Spitze der EU-Kommission mit dem Versprechen an, die Regeln auf dem Kontinent zu verschlanken. Doch die PPWR scheint das Gegenteil zu erreichen.

Verordnung war ein Produkt des Zeitgeists in Europa

Immerhin will die Kommission das Gesetz jetzt vereinfachen. Nach dem Willen der Behörde soll europaweit nur eine einzige Registrierung erforderlich sein – und die Passage mit dem Bevollmächtigten gestrichen werden. Wann das geschieht, ist unklar.

Aber wie konnten all die kuriosen Ideen Ende 2022 überhaupt in ein Gesetz gelangen? Es lag wohl am Zeitgeist. Der Niederländer Frans Timmermans, damals EU-Kommissar für Klimapolitik, schlug immer neue Ökoregeln vor. Er gilt als Architekt des Green Deals, also des großen Brüsseler Versprechens, Europa bis zur Mitte des Jahrhunderts in den ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu verwandeln. Der Umweltschutz hatte Priorität, die Sorgen und Nöte der Wirtschaft waren zweitrangig.

Erst später – als das Wachstum schwächelte, US-Präsident Donald Trump Zölle verhängte und China zusehends aggressiver auftrat – änderte die EU ihren Kurs und rückte die Wettbewerbsfähigkeit in den Vordergrund. Für die PPWR kam das zu spät.

Stefan Beutelsbacher ist Korrespondent in Brüssel. Er berichtet über die Wirtschafts-, Handels- und Klimapolitik der EU. Zuvor war er US-Korrespondent in New York.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzcenter von WELT und „Business Insider Deutschland“ erstellt.